

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bangen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda, und der Gemeindeämter des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen:

Dienstags: Belletristische Beilage; Donnerstags: Der Sächsische Landwirt; Sonntags: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der 3 wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Expedition vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg., bei Zustellung ins Haus 1 Mk. 70 Pfg.; durch die Post frei ins Haus vierteljährlich 1 Mk. 92 Pfg., am Postschalter abgeholt 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Abonnements-Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Altmarkt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Hofanstalten. — Nummer der Zeitungsliste 6567. — Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für Inserate von außerhalb des Verbreitungsgebietes 15 Pfg. Die Reklamezeile 30 Pfg. Geringster Inseratensatz 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach ausliegendem Tarif. Erfüllungsort für beide Teile Bischofswerda. Preisbestimmte Inseratenaufträge können nicht zurückgegeben werden.

Inserat- und Abonnements-Bestellungen nimmt entgegen in Bangen: Weiser'sche Buchhandlung, Schulstraße 9.

Das Neueste vom Tage.

Der Chefpilot der deutschen Flugzeugwerke in Leipzig, Lindenthal, Böllrich, unternahm Dienstag früh einen Angriff auf den Höhenweltrekord und erreichte in zweifachigem Fluge auf einem D. F. W.-Militärdoppeldecker eine Höhe von 7500 Metern. Damit ist der Rekord des deutschen Kumpferfliegers Linnatogel um fast 1000 Meter überboten. (Siehe Letzte Dep.)

Unter den in Belgrad ansässigen österreichisch-ungarischen Untertanen kam es am Sonntag zu einer Panik, weil Ausschreitungen der serbischen Bevölkerung angekündigt worden waren. (Siehe Bericht.)

Die großen Linienschiffe des deutschen Nordseegeschwaders haben Montag nachmittag die Sommerreise nach Norwegen angetreten.

Der deutsche Gesandte in China von Darghausen ist an den Folgen einer hartnäckigen Darmkrankheit am Montag gestorben.

In Albanien haben die Aufständischen nunmehr auch Dirci besetzt.

Im französischen Senat richtete am Montag Charles Humbert, der Berichterstatter der Seereskommission, scharfe Angriffe gegen die französische Seeresverwaltung. (Siehe Bericht.)

Die Textilarbeiter in Finkterwalde beschlossen, im Einvernehmen mit den Niederlausitzer Textilarbeitern in eine Lohnbewegung einzutreten und neue Forderungen aufzustellen.

Die Mannheimer Tabakfabriken haben die allgemeine Aussperrung sämtlicher Tabakarbeiter beschlossen, weil ein großer Teil in den Streik getreten ist.

Der mexikanische Rebellenführer Carranza hat die amerikanische Regierung in aller Form davon unterrichtet, daß er sich auf keine Vermittlung mit den Abgesandten Huertas einlasse und nur die bedingungslose Uebergabe annehme.

In einem Orte bei Bergamo in Oberitalien hat ein fünfzigjähriger Mann einen Arzt, einen Gemeindefreier und dessen Tochter, sowie vier andere Personen aus Raublust getötet. Der Mörder schweift noch in der Umgebung des Ortes umher.

In China soll eine dritte Revolution ausgebrochen sein. (Siehe Pol. Uebersicht.)

(Weitere Nachrichten unter Letzte Depeschen.)

Zurück zu Bismarck!

Je ernster und verwidelter sich die politischen Verhältnisse gestalten und je sorgenvoller der von echter Vaterlandsliebe erfüllte Politiker in die Zukunft blickt, desto häufiger tönt die Mahnung an unser Ohr, wie jüngst aus dem Munde eines rechtsstehenden Führers, uns auf Bismarck zu besinnen, uns die Errungenschaften Bismarckscher Politik zu erhalten. So mancher hört die Mahnung, so mancher erinnert sich dabei wohl auch, rückschauend in die Vergangenheit, wie es einst gewesen, da des neugezeigten Deutschen Reiches erster Kanzler das Steuer des Reiches in fester Hand hielt, und stellt mit wehmütigem Bedauern fest, daß heute so vieles anders geworden ist. Mit Bedauern und Klagen

ändern wir aber nicht den Kurs unserer Politik und ein Vergleich der Gegenwart mit den politischen Verhältnissen zur Zeit, da Bismarck noch das Reichsrußland lenkte, wird dann einen praktischen Erfolg haben können, wenn wir nicht nur die Tatsachen einander gegenüber stellen, sondern uns zugleich darüber klar werden, welches die Grundlagen der gewaltigen Erfolge der Bismarckschen Politik waren.

Der große Unterschied zwischen der Art und Weise, wie Bismarck die Geschicke unseres Vaterlandes und fast kann man sagen, der Welt lenkte, und den Wegen, die die Politik der Gegenwart einzuschlagen für richtig befindet, liegt darin, daß Bismarck in allem, was er tat, nach einem wohl-durchdachten Plane handelte, der weitblickend die Ereignisse vorausahndete und in Rechnung stellte, der ein festes Ziel sicher ins Auge faßte und mit eisernem Willen auf seine Erreichung hinstrebte, niemals entmutigt, wenn Kurzsichtigkeit und Willkür ihm den angestrebten Erfolg streitig machen wollten.

Er war ein entschiedener Mann der Initiative und Offensive. Im Gegensatz dazu liebt die Politik der Gegenwart nicht das Angriffs-, sondern mehr das Begegnungs- oder das Verteidigungsgesicht. Ein klassisches Beispiel zeigt das Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie. Bismarck rückte ihr mit einem erfreulichen Draufgängertum auf den Leib, war, unbekümmert um Sentimentalitäten und Humanitätsbuzeln, fest entschlossen, ihr, zum Heile und Segen des Vaterlandes, den Garau zu machen, er sah in ihr weder eine großartige Bewegung, noch war er geneigt abzuwarten, ob die Genossen vielleicht die große Freundlichkeit hätten, sich in eine bürgerliche Demokratie umzuwandeln. Auch den bürgerlichen Parteien gegenüber, ohne Ausnahme, hat Bismarck niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er unbeschadet der Rechte der Volksvertretung, es nicht nur für das Recht, sondern geradezu für die Pflicht der Regierung hielt, in allen wichtigen geschäftlichen Fragen die Initiative zu ergreifen und auch der Volksvertretung gegenüber die Fingel in der Hand zu behalten. Das klare Zielbewußtsein und die feste Entschlossenheit, mit welcher Bismarck das, was er als richtig und heilbar für den Staat erkannt hatte, durchzuführen bestrbt war, drängte die Gegner der Regierung von vornherein in die ungünstigere Verteidigungsstellung und benahm ihnen die Lust, Strohhandelsgeschäfte mit der Regierung zu versuchen ebensowenig, wie etwa den Versuch zu machen, durch eine Parlamentsmehrheit der Regierung oder gar dem Kaiser Vorschriften über den Gebrauch der ihnen zustehenden verfassungsmäßigen Rechte zu machen. Das ist es, was unserer gegenwärtigen Richtung in der inneren wie auch in der äußeren Politik oft fehlt, die deutlich erkennbare Initiative, der klare und unwandelbare Wille der Regierung: So und nicht anderes soll es sein. Heute muten die Verhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung wegen dieser oder jener gesetzgeberischen Maßnahme oft wie ein Tauschgeschäft an, während man zu Bismarcks Zeiten doch bisweilen von einem ritterlichen Turnier sprechen konnte, mag auch mancher unter seinen Widersachern dem edlen Ritter von la Mancha nicht ganz unähnlich gewesen sein.

Darum zurück zu den Grundzügen Bismarckscher Politik, einer Politik der Initiative und des festen Willens.

Scharfe Kritik

der französischen Seeresverwaltung.

Paris, 14. Juli. (Dep.) Der Senat beriet Montag nachmittag einen Beschlentswurf, durch den der Kriegs- und der Marineminister zu einmaligen Ausgaben für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung ermächtigt werden. Charles Humbert, der Berichterstatter der Seereskommission erklärte, daß wenn das Dreijahresgesetz dem Lande die notwendige Zahl gegeben habe, eine große Anstrengung doch nötig sei, um die materielle Organisation zu verbessern. Er wies vor allem darauf hin, daß das Material der Feldartil-

lerie mehr und mehr gegenüber dem deutschen ins Hintertreffen gerate. Der französischen Armee fehlten Offiziere; das Bedürfnis nach ihnen liege klar zutage und sei jetzt anerkannt. Deutschland verfüge über ein erstklassiges Material. Was die Festungsartillerie betreffe, so stehe Frankreich in dieser Beziehung nicht besser da. Für viele Geschütze habe man zum großen Teil Granaten aus Subseilen. Die französische Haubitze entspreche nicht mehr den Anforderungen des Krieges und sei ersichtlich geringwertiger als die deutsche. Der Redner warf der Seeresverwaltung vor, aus den bemerkenswerten Fortschritten der französischen Industrie keinen Nutzen gezogen zu haben. Die Festungskommandanten forderten seit langen Jahren vergeblich die Vermehrung ihrer Bestände und den Umtausch alten Materials gegen neues. Sie forderten auch eine Verteilung der Granaten über mehrere Plätze. In dieser Hinsicht sei nichts geschehen, und die Granaten würden nach wie vor in einem einzigen Magazin aufbewahrt.

Humbert kritisierte weiter sehr lebhaft die Seeresverwaltung und erklärte, daß die französische Industrie gewisse Gegenstände dem Auslande in besserer Qualität liefere, als dem Heere (Bewegung). Es sei nicht genügend Geschützmunition vorhanden, auch fehle es an anderen Ausrüstungsgegenständen, darunter an 2 Millionen Paar Schuhen. Man verfüge gegenwärtig nicht über das notwendige Material, um die Mafel oder den Rhein zu überschreiten. Die Befestigungen an den Forts zwischen Toul und Verdun seien seit 1875 nicht verbessert worden. Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland alle seine Werke an der Grenze in die Lage versetzt hätte, ihre Aufgabe zu erfüllen. Mehr würde nicht beschossen werden können, bevor die erste Befestigungslinie, die 12 Kilometer davon entfernt sei, genommen wäre. Die Kriegsminister wechselten zu oft und seien über die ihnen unterstehenden Dienstzweige schlecht unterrichtet. Der Minister müsse seine Pflicht erfüllen, das Land, das dem Heere alles gebe, was es von ihm fordere, das Recht habe, in der Seeresverwaltung zu verlangen, daß sie ihrerseits alle Opfer bringe.

Der Kriegsminister Messimy erklärte: Die Mehrzahl der von Humbert vorgebrachten Tatsachen, einzeln für sich genommen, sei richtig, wenigstens als Ausnahme, aber nicht in der Art, wie sie dargestellt worden seien.

Demgegenüber betonte Clémenceau, der Senat könne nicht die Kredite bewilligen, ohne alle gewünschten Aufführungen zu erhalten.

Der Kriegsminister erwiderte, die französischen Ausgaben für die Ausrüstung seien stets geringer gewesen als die deutschen. Man dürfe die Seeresverwaltung nicht verantwortlich machen, daß sie von der Finanzverwaltung Befehle erhalten habe. Auf einen Zwischenruf Clémenceaus erklärte der Kriegsminister, daß man sich bei allem Bedauern über die vorgebrachten Kritiken doch zu der heutigen Debatte beglückwünschen müsse. Der Beschluß in der Besetzung des Kriegsministeriums sei die Hauptsache des Abends. Messimy forderte vom Senat, das Programm der Regierung anzunehmen und die Verteidigung des Landes auf ihre höchste Höhe zu bringen. Darauf sagte Clémenceau, man müsse auf die Kritik Humberts antworten. Dies sei für die Armee und das Land notwendig. Solche Dinge könnten nicht mit dem gewöhnlichen „Raifer aller“ behandelt werden. Clémenceau schloß mit den Worten: Ich fordere vom Ministerpräsidenten, das Parlament in einigen Tagen zusammenzubekommen. Die Wahrheit muß unverzüglich bekannt werden. Anstatt die Kredite abzulehnen, fordern wir einfach die Verschiebung der Abstimmung.

Der Ministerpräsident Viviani entschuldigte sich damit, daß er überrascht worden sei. Der Senat könnte die Regierung zu Ausgaben während der Ferienzeit ermächtigen. Wenn diese Maßnahme nicht angenommen würde so werde sich Viviani morgen dem Senat zur Verfügung stellen, um ihm die Antwort der Regierung zu überbringen. Der Senat vertagte sich dann am Dienstag nachmittags 2 Uhr.